

Protokoll

über die Sitzung

**des Ausschusses für Planung und Umwelt
am Dienstag, dem 09.10.2012 um 19:00 Uhr,
im Rathaus in Friedeburg**

Anwesend:

→ Ausschussmitglieder:

Traute Reuber, Friedeburg (Vorsitzende)
Peter Assing, Friedeburg
Eva Grüßing, Bentstreek (Vertretung für Rh. Henning Weißbach)
Horst Hattensaur, Horsten
Henning Heinz Hinrichs, Reepsholt
Theo Hinrichs, Horsten (Vertretung für Rh. Heiko Heinks)
Hans-Hermann Lohfeld (Friedeburg, Vertretung für Rf. Elke Hildebrandt)
Gerhard Quathammer, Marx (Vertretung für Rh. Gerrit Bashagen)
Wilko Strömer, Etzel

→ beratendes Mitglied:

Jesko Schmidt, Jugendparlament

→ Vertreter der Verwaltung:

Bürgermeisterin Karin Emmelmann
GAR Roland Abels
Ver.-Angest. Kerstin Meyer-Staudt, zugleich Protokollführerin

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Die Vorsitzende eröffnete um 19.00 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 28.09.2012 zu der Sitzung eingeladen worden und der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

Der vorliegenden Tagesordnung wurde mit 9 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt.

Rh. Assing hat mit „Ja“ gestimmt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11.09.2012 - öffentlicher Teil

Das Protokoll der Sitzung vom 11.09.2012 wurde mit 8 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme genehmigt.

Rh. Assing hat mit „Nein“ gestimmt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Rh. Theo Hinrichs schlug vor, die Einwohnerfragestunde grundsätzlich nicht zu Beginn einer Sitzung und heute erst nach TOP 6 (Kavernenbau in Etzel) abzuhalten, da einige Fragen obsolet werden könnten, weil sie bereits im Laufe der Sitzung behandelt würden. BM Emmelmann gab zu Bedenken, dass die Sitzungen manchmal sehr lange dauern würden und eine Verschiebung an das Sitzungsende nicht immer bürgerfreundlich sei. Außerdem sei für eine Verlegung der Einwohnerfragestunde eine Änderung der Geschäftsordnung notwendig, für die ein Ratsbeschluss erforderlich sei.

Herr H. aus Horsten erkundigte sich nach Möglichkeiten für eine Entsorgung des von öffentlichen Flächen stammenden Laubes und schlug vor, z. B. Laubkörbe aufzustellen. GAR Abels wies auf die Annahme des Laubes im Herbst auf dem Bauhof der Gemeinde hin. BM Emmelmann ergänzte, dass die Kosten für die Entsorgung durch die Allgemeinheit gezahlt würden. Die Verwaltung werde prüfen müssen, ob eine Ausweitung des Entsorgungsangebotes finanzierbar und vertretbar sei.

Herr V. aus Marx fragte, ob bei dem Bebauungsplanverfahren zur Osterweiterung des Gewerbegebietes in Marx zwingend die IVG gehört werden müsse und ob die Frage des Interessenskonfliktes zwischen Bauleitplanung und IVG inzwischen anwaltlich geklärt worden sei. GAR Abels erklärte, die Beteiligung der IVG im Bauleitplanverfahren sei ein Gebot der Vernunft, da die IVG direkt angrenzend die Kavernen betreibe. Eine Rückmeldung vom Anwalt sei bisher noch nicht eingegangen.

Herr G. aus Horsten fragte, auf welcher Grundlage die IVG wie ein Träger öffentlicher Belange (TÖB) behandelt werde. BM Emmelmann entgegnete, dass die IVG kein TÖB sei, aber aufgrund des möglichen Konfliktbereichs um Stellungnahme gebeten wurde.

Herr K. aus Horsten fragte den Ausschuss, ob diesem der Vorfall vom 03.08.2012 bei einer Kaverne in Louisiana („Louisiana sinkhole“) bekannt sei. Rh. Hattensaur teilte mit, er habe hierzu an alle Fraktionen eine E-Mail mit Links versandt.

Herr R. aus Etzel fragte die CDU-Fraktion, ob es bezüglich der Resolution des Rates der Gemeinde Friedeburg zum Kavernengebiet in Etzel neue Erkenntnisse gebe. Rh. Henning H. Hinrichs erklärte, die zu klärenden Punkte müssten noch beraten werden. Dazu habe man externe Hilfe in Anspruch genommen. Die CDU-Fraktion werde am 15.10.2012 weiter beraten.

Herr P. aus Horsten erklärte, dass das Leitbild juristisch nicht bindend sei und fragte, ob aus Sicht der Gemeinde auf das Raumordnungsverfahren verzichtet werden könne. BM Emmelmann verwies auf die Zuständigkeit der Raumordnungsbehörden des Landkreises und der Regierungsvertretung, mit denen noch Gespräche geführt würden.

GAR fasste den der Gemeindeverwaltung bekannten Sachstand mithilfe einer PowerPoint-Präsentation zusammen. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Rh. Theo Hinrichs erläuterte umfassend seinen Antrag. Er verwies auf das seit dem 01.09.2012 geltende neue Raumordnungsgesetz, welches viele Umweltbelange ausnehmen würde. Danach würde kein Anspruch auf die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens bestehen, und nach einer Ablehnung der Durchführung eines solchen Verfahrens könne dieses nicht eingeklagt werden. Lange Zeit habe er die Dimensionen des Industrievorhabens im Kavernengebiet nicht erkannt, und die IVG habe ihrerseits versucht, sich nur langsam an die Wahrheit heranzutasten. Die Angaben der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) seien anzuzweifeln und die Parameter in Frage zu stellen. Des Weiteren befürchte er, dass es durch die dynamische Nutzung der Kavernen und die damit einhergehenden Druckunterschiede schließlich zum Druckabfall und zu Konvergenzen kommen könne. Ähnliches befürchte er auch für die Endverwahrung – schlussendlich wisse man nichts, da es wenig bis keine Erfahrungen gebe. Er kritisierte weiterhin, dass die IVG versuche, die Ostfriesen mit Hilfe von Fachbüros in den Griff zu bekommen, z. B. über den Kavernenbeirat und die Leitbildentwicklung. Er stellte fest, dass die Politik mit all diesen Fragen nichts zu tun gehabt habe. Die noch offenen Fragen würden auch durch die Resolution nicht erledigt. Es könne nicht sein, dass die Politik abnickt, ohne einbezogen worden zu sein.

Rh. Hattensaur erklärte, es gebe eine ganze Liste an Ungereimtheiten wie die Frage der Absenkung, die Versalzung des Grundwassers, die Ewigkeitskosten und die finanzielle Ausstattung der IVG. Er frage sich, ob es ausgeschlossen sei, dass nicht doch 234 Kavernen kämen. Er warf der Politik vor, in der Vergangenheit grob fahrlässig gehandelt zu haben.

Rh. Lohfeld zeigte sich erstaunt darüber, dass der Landrat in Kenntnis der angekündigten Resolution sein Schreiben bezüglich des raumordnerischen Verfahrens an die Regierungsvertretung schicke. Es sei die Zeit gekommen, zu sagen, dass bei 99 Kavernen Schluss sein müsse. Darüber hinaus müsse man sich damit abfinden, dass ein Teil der Steuereinnahmen aus dem Kavernenbereich für Berater wieder ausgegeben werden müsse, da niemand so richtig mit der Materie vertraut sei.

Rh. Henning H. Hinrichs bedauerte, dass sich einige bereits im Vorfeld aus dem Kavernenbeirat, der als Schaltstelle zwischen Betreiber und Öffentlichkeit zu sehen sei, ausgeklinkt hätten.

Rh. Theo Hinrichs erklärte, die Fachbüros würden von der IVG bezahlt; entsprechend hätten sämtliche Fäden immer nur in der Hand der IVG gelegen. So habe derselbe Gutachter, der das Lärmschutzgutachten für den Bebauungsplan Nr. 5 von Etzel „SO Kavernenbetriebsfläche“ erstellt habe, auch das Gutachten zum Gasverdichter erstellt. Er sei hellhörig geworden, als Herr Dr. Krupp gesagt habe, dass das beste Mittel zum Verfüllen der Kavernen Feststoffe seien. Unter dem Stichwort „pelletierter Giftmüll“ habe man dieses Thema bereits Ende der 1980er Jahre gehabt. Das Problem mit dem Kavernenbeirat sei, dass als einziger dort die IVG gut informiert sei. Er frage sich, woher ein möglicher Lenkungsausschuss die politische Legitimation nehme.

BM Emmelmann erwiderte, dass im Kavernenbeirat nicht nur IVG-genehme Leute säßen. Jede Ratsfraktion entsende eine Teilnehmerin oder einen Teilnehmer. Dies gelte auch für den Kreistag. Die Bürgerinitiative habe selbst entschieden, nicht teilnehmen zu wollen. Darüber hinaus sei das Thema so komplex, dass z. B. Rat und Verwaltung alleine fachlich gar nicht in der Lage seien, mögliche Folgen zu definieren. Hierfür müsse externer Sach- und Fachverstand

eingeholt werden. Sie verwies auf den entsprechenden Hinweis von Rh. Lohfeld. Die Resolution zum Kavernengebiet in Etzel stehe am 30.10.2012 auf der Tagesordnung der Ratssitzung.

Rh. Hattensaur wies darauf hin, dass beim „sinkhole“ in Louisiana eine geringe Menge an Radioaktivität ausgetreten sei. Er bat die Verwaltung um Klärung der Frage, ob es erd- oder gesteinsimmanente Radioaktivität gebe, die bei Wasserkontakt austrete.

Antwort der Verwaltung: Zu dieser Frage wurde ein Dipl.-Physiker zu Rate gezogen. Nach dessen Auskunft ist Gestein von Natur aus radioaktiv. Backstein z. B. setzt radioaktive Gase frei (Radon), so dass schon aus diesem Grund ein Haus regelmäßig gelüftet werden sollte. Radioaktivität selbst ist nicht wasserlöslich, Plutonium z. B ist fest. Freigesetzt werden kann Radioaktivität dann, falls sie z. B. kristallin gebunden (durch Einschluss in Salz) oder in Gestein eingeschlossen sein sollte, und der Salzkristall durch Wasser aufgelöst oder das Gestein durch Abbruch, Explosion o. ä. zerstört und verstaubt wird.

Rh. Theo Hinrichs erklärte abschließend, dass zur Klärung der offenen Fragen ein Fahrplan erstellt werden müsse. Er regte darüber hinaus an, sich von Fachhochschulen und Universitäten neutrale Gutachter zu holen.

Es erfolgte keine Beschlussfassung.

**TOP 7 Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten -
 öffentlicher Teil**

BM Emmelmann wies auf den Tag der offenen Tür am 27.10.2012 beim Erdgasspeicher in Etzel hin. Am 25.10. sei die offizielle Einweihung. Am 27.10. hätte die interessierte Öffentlichkeit in der Zeit von 11.00 – 17.00 Uhr die Möglichkeit, die Anlagen besichtigen.

TOP 8 Anfragen und Anregungen - öffentlicher Teil

Es gab keine Anfragen und Anregungen.

TOP 9 Schließung der öffentlichen Sitzung

Die Vorsitzende schloss um 20.12 Uhr die öffentliche Sitzung.

Vorsitzende

Bürgermeisterin

Protokollführerin